

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 24.

Diese Zeitung erscheint alle 14 Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro 5gepalt. Zeile oder deren Raum 25. f. Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 19 Pf.

Hannover,
Sonnabend, 26. November 1905.

Berlag:
A. Bohrberg, Hannover, Burgstraße 9.
Verantwortlicher Redakteur:
August Breg, Hannover, Burgstraße 9, I.
Druck von Dörnte & Böber, Hannover.

14. Jahrg.

Zur Beachtung!

Die Bestellungen auf den Notizkalender sind von einer Anzahl Verbandsorte noch nicht aufgegeben worden. Wir bitten, das Versäumte nachzuholen.

Es sind noch 59 Verbandsorte zu verzeichnen, welche die bezogenen Protokolle nicht bezahlten. Wir fordern diese Orte auf, die Beträge sofort einzusenden zu wollen. Die Orte, welche dieser Aufforderung nicht Folge leisten, werden in der nächsten Nummer des „Proletarier“ öffentlich genannt werden.

Der Vorstand.
S. A.: A. Breg.

Wer hilft dem Arbeiter?

Der Arbeiterschaft haben sich immer „wohlmeinende“ Kritiker und Ratgeber aufgedrängt, aber im allgemeinen haben die Entertenten das, was sie dem Kapital abringen, ganz aus eigener Kraft erringen müssen. Wenn Vorteile mit Sympathieerklärungen und Resolutionen erlangt wurden, dann hätten bürgerliche Sozialpolitiker und diverse Korporationen, sowie die sogenannten Arbeitervereine schon viel, sehr viel für die Arbeiterschaft geleistet, aber ohne Kampf kein Preis und die Kämpfe führen die Arbeiter allein! Sympathieerklärungen sind ja ganz nett, wenn aber anlässlich des letzten Bergarbeiterstreiks das Bürgertum weniger in Sympathie gemacht hätte, dafür aber eine Million in die Streikklasse spendete, dann wäre das für die Ausständigen viel wertvoller gewesen.

Unter allen außerhalb der Arbeiterschaft stehenden sozialpolitischen Korporationen genießt die „Gesellschaft für soziale Reform“ wohl das größte Ansehen und auf der letzten Tagung dieser Gesellschaft trat als „Sozialpolitiker“ auch der Bergwerksdirektor und Hauptmatador des Kohlen Syndikats, Kirchorst-Gelsenkirchen, auf! Oft vernahm man schon, der Einfluß der Kathedersozialisten mache sich in der Regierung geltend, jenen Leuten verdanken die Arbeiter die gefüllten Kompostkuffeln. Wie die sozialpolitische Luft in Regierungskreisen beschaffen ist, das lehrt wieder recht drastisch der letzte Ministerschub. Weil „Freund“ Möller den Großindustriellen mit der Bergnovelle, dem Bechenstilllegungsgesetz und der Iberniaaffäre, einige ärgerliche Stunden bereitet hatte, ward der „Range“ der Ministerwürde für unwürdig befunden. Die Scharmacher riefen und Möller ging.

Schon vor 30 Jahren haben bürgerliche Sozialpolitiker ihre Theorien verkündet, aber solange keine selbständige Arbeiterbewegung durch praktische Arbeit in der Gesetzgebung und im wirtschaftlichen Kampfe die Verwirklichung der Lehren selbst in die Hand nahm, kümmernte sich kein Unternehmer, keine Regierung und keine Partei um die theoretische Arbeit der Sozialpolitiker. Schon vor 30 Jahren hat Bischof Kettler in seinem Buche „Die soziale Frage“ fast alle unsere wirtschaftlichen Forderungen verteidigt. Die christliche Gewerkschaftsbewegung war uns aber oft genug ein Hindernis bei der praktischen Vertretung jener Forderungen und die viel gerühmte Zentrumsparterie wird immer erst dann arbeiterfreundlich, wenn die Sozialdemokratie ihr auf den Hacken sitzt.

Während der Zeit des Sozialistengesetzes war es tot in der Arbeiterwelt, die Organisationen waren vernichtet, es herrschte Grabesruhe — die vielen, damals existierenden katholischen „christlich-sozialen Arbeitervereine“, denen keine Polizeinase irgend welche Staatsgefährlichkeit anroch, legten sich freiwillig schlafen, die sozialistischen Organisationen waren ja vernichtet, da hatten die christlichen Organisationen keinen Zweck mehr. Doch das Gesetz, welches zwar viele brave Kämpfer, manche Familien in Not und Elend gestürzt hat, wahrte nicht ewig, der Klassengeist der Arbeiterschaft war nicht zu übermächtigen, nein, er sprengte die Ketten, die Bismarck geschmiedet, das Gesetz fiel, die Bahn war offen für eine neue freie Gewerkschaftsbewegung. 15 Jahre nach Fall des Sozialistengesetzes sehen wir in Deutschland eine Folge, an Erfolgen reiche Gewerkschaftsbewegung.

Was die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterschaft geleistet hat, davon gibt ein kleines Anschauungsbild die im „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlichte Statistik über die Streiks in Deutschland. Erklärlicherweise bieten die Jahre günstiger Wirtschaftskonjunktur die meiste Aussicht auf Erfolge

im Kampfe mit dem Unternehmertum. Das Jahr der höchsten industriellen Prosperität hatten wir 1900. Aber das Jahr 1904, das in der Konjunktur doch vieles hinter 1900 zurückbleibt, weist für die Gewerkschaften die größten Erfolge auf. Im Jahre 1900 endeten 46 Prozent der Arbeiter, 1904 stieg die Prozentziffer auf 57,4! Bei den Abwehrstreiks stieg in derselben Zeit die Prozentziffer der mit vollem Erfolge beendeten Streiks von 37 auf 54! Das sind jedenfalls schöne Erfolge! Und wie wurden sie errungen? Nicht nur aus eigener Kraft, oft genug sogar mußte noch gekämpft werden gegen Gegner aus den eigenen Reihen, aus der Arbeiterschaft!

Sobald nach Fall des Sozialistengesetzes die freien Gewerkschaften wieder auflebten, als wieder eine selbständige Arbeiterbewegung sich zu entwickeln begann, da stellten sich auch die ungerufenen Vormünder der Arbeiter wieder ein. Nicht nur, daß man mit guten Ratschlägen kam, deren die Arbeiter gut entraten konnten, es wurden auch wieder Konkurrenzorganisationen gegründet, und zwar wieder zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Arbeiter zu zersplittern, dadurch dem Unternehmertum Handlangerdienste zu leisten. Dadurch, daß man, um die Arbeiter so gegen ihre eigenen Interessen auszuspielen, die Zersplitterung der Arbeiter zu einem Akte der Religion macht, gewinnt man der Verräterei wahrlich keine bessere Seite ab. Aber so wirds gemacht: jede lichtscheue Tat gegen die Arbeiter verbirgt sich hinter dem schützenden Mantel der Religion!

Beider merken die Arbeiter den Schwindel zu wenig, und die Aktionäre lachen sich ins Häuschen! Duzende Fälle ließen sich anföhren, in denen den frei organisierten Arbeitern durch christliche Organisationen die Früchte eines Kampfes aus der Hand geschlagen wurden, oder in denen wegen der Haltung solcher Organisationen die Aufnahme des Kampfes unterbleiben mußte. Ja, noch in letzter Zeit haben sich wiederholt christliche Organisationen als Streikbrecherbanden „berühmt“ gemacht. Das sind tief betrübende, für die gesamte Arbeiterschaft beschämende Erscheinungen. Das eine Erbittliche ist dabei, daß Arbeiter hier nur die Verführten sind, die eigentlichen Akteure außerhalb der Arbeiterschaft, — in der Kirche zu suchen sind. Wo die christlichen Organisationen mit uns den Kampf gegen das Unternehmertum führen, tun sie es, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe. Die Hintermänner müssen zuweilen fürchten, daß die christliche Organisation zerrieben wird, wenn sie offen Verräterdienste leistet, dann kämpft man mit.

Neben dem direkten Gegner aus den eigenen Reihen haben die klassenbewußten Arbeiter stets die Lockungen und unverlangten Belehrungen aus bürgerlichen Kreisen auszuhalten. Ganz besonders in den letzten Jahren zeigen sich sehr viele der falschen Freunde. Die einen wollen die Gewerkschaften harmonieduselig machen, andere wollen Monarchismus und wer weiß, was sonst noch alles hineinverpflanzen und dabei das Klassenbewußtsein der Arbeiter einschläfern. Aber ohne Klassengeist wird die erfolgreiche Waffe der Arbeiter stumpf, darum rufen wir jenen Ratgebern zu: Laßt uns in Ruhe!

Wenn es auf Taten ankommt, dann sind die „guten“ Freunde nie zu haben. Wenn es galt, in den gesetzgebenden Körpern Arbeiterforderungen zu vertreten, dann ist immer nur die Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, konsequent dafür aufgetreten. Die bürgerlichen Parteien, an der Spitze das Zentrum, haben die Arbeiter in der Regel, soweit es ging, um die Früchte der unsererseits geforderten gesetzgeberischen Aktionen gebracht. Heute machen bürgerliche Parteien Klammern mit unseren Sozialgesetzen. Nur das eine wird dabei immer vergessen, das nämlich, daß ohne Sozialdemokratie die Gesetze nicht geschaffen worden wären und daß das Minimale, was sie leisten, den bürgerlichen Parteien in hartem Kampfe abgerungen werden mußte.

So verdanken die Arbeiter alles, was sie sowohl auf politischem und gesetzgeberischem, wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete errungen haben, tatsächlich nur der eigenen Kraft.

Hierauf hinzuweisen ist gerade jetzt nicht unwichtig. Mehr denn je wird die Gewerkschaftsbewegung von bürgerlichen sozialpolitischen Mattensängern umschmeichelt. Man möchte zu gern den mittelalterlichen Zuchtgeist innerhalb der Gewerkschaften stark werden

sehen, dann würden sich bald Arbeiterorganisationen gegenseitig bekämpfen und die Leute mit den tiefen Taschen und den großen Portemonnaies könnten sich ins Häuschen lachen. Das nicht allein! Schärfer denn je rüstet das Unternehmertum, es baut seine Organisationen zur höchsten Vollendung aus.

Wie schon oben bemerkt, die Scharmacher fühlen sich mehr denn je als Herren der Situation, in der sozialpolitischen Rache der Regierung weht Stummscher Geist, die Zukunft birgt uns schwanzerer Anschläge gegen die Arbeiterbewegung! Der Angriff soll doppelseitig erfolgen. Durch seine wirtschaftliche Organisation will das Unternehmertum die Arbeiter in Kämpfe treiben, in denen sie mit Hilfe kunstvoll konstruierter Gesetzesparagrafen niedergezwungen werden sollen. Die Kompostkuffeln kann man dem Arbeiter nicht fortnehmen, er hat noch gar keine erlangt, es soll ihm aber der Brotkorb höher gehängt werden, obwohl er wahrlich hoch genug hängt.

Gegen die doppelten Anschläge heißt es nun auch doppelt und dreifach rüsten. Für den klassenbewußten Arbeiter gibt es keine Ruhe, er darf sich nicht einlullen lassen, er muß stets kampfbereit sein. Dazu muß immer gerüstet werden! Jeder Organisierte, der nicht neue Mitglieder wirbt, ist ein schlechter Sachwalter seiner eigenen Interessen. Er soll wissen und bedenken, daß die Chancen für seinen eigenen Einfluß steigen mit der zunehmenden Zahl der Kämpfer. Die meisten Mitglieder lassen es nach dieser Richtung leider an dem erforderlichen Eifer fehlen, man glaubt genug getan zu haben, wenn man selbst nur Mitglied ist und seine Beiträge zahlt. Den ernstesten Zeiten gegenüber, denen wir entgegengehen, ist solche Gleichgültigkeit aber nicht angebracht. Sie könnte sich bitter rächen. Ueberall, ringsum regen sich unsere Feinde; zeigen auch wir, daß unsere Kräfte nicht erlahmen, daß auch bei uns noch heilige Begeisterung lodert, Begeisterung für die Sache des Volkes, für die eigene Sache, Begeisterung für den Kampf gegen das plündernde, die Menschenwürde ersüdende Kapital.

W. D.

Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Fisch-Industrie.

Die Eingabe der Fischindustriellen an die Regierung betreffs Verringerung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen gibt Gelegenheit, uns einmal mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Branche zu beschäftigen. Die Fischindustriellen verlangen von der Regierung, daß entgegen der Gewerbeordnung die Arbeiterinnen morgens von 5 Uhr bis 8^{1/2} Uhr abends und an 10 Tagen in jedem Monat bis 11 Uhr abends beschäftigt werden können, doch soll die tägliche Arbeitszeit 13 Stunden und die wöchentliche 66 Stunden nicht überschreiten dürfen.

Sollte dieser Vorschlag von der Gesetzgebung angenommen werden, so bedeutet dies, daß die Frauen allgemein ^{1/2} Stunde früher und abends ^{2 1/2} Stunden länger als bisher beschäftigt werden; außerdem käme die Bestimmung, wonach an den Sonnabenden die Frauen bereits um 5^{1/2} Uhr zu entlassen sind, in Fortfall.

Die Regierung hat durch den Beirat für Arbeiterstatistik eine Vernehmung von Auskunftspersonen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen in der Fisch-Industrie vornehmen lassen. Die erhaltenen Auskünfte zeigen, wie schon jetzt eine lange und unregelmäßige Arbeitszeit ohne Rücksicht auf die Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen in diesen Betrieben vorhanden ist. — Ein Arbeitgeber-Vertreter von Lübeck erklärte, daß in seinem Betriebe Tag- und Nachtschicht für die Arbeiterinnen bestände. Auf die Frage des Beamten, ob die Polizei dieses so ohne weiteres gestatte, erklärte der Herr: „Wir in Lübeck unterstehen der Gewerbeordnung nicht, das heißt jetzt nicht.“ Es hat sich bis jetzt niemand darum gekümmert.“

Wie ein roter Faden zieht sich durch diese ganzen Erhebungen die Profitgier der Unternehmer. Bei allen Auskünften leuchtet die Angst hindurch, das Rohmaterial könnte ihnen verdorben werden, wenn sie nicht die Arbeiterinnen die lange Zeit beschäftigen dürften. Nur eine kleine Minderheit der befragten Arbeitgeber ist der Ansicht, daß sehr gut mit den bestehenden Paragraphen der Gewerbeordnung auszukommen sei und daß die Nachtarbeit durchaus nicht notwendig ist.

Viel Glend zeigten die Erhebungen des veröffentlichten Protokolls, doch die persönlichen Forschungen in dieser Branche werfen ein noch greller Licht auf die Missetände innerhalb der Fisch-Industrie. Die Fisch-Industrie unterscheidet sich in folgende Sonderabteilungen: Räuchererei, Mariniererei und Braterei. In den beiden letzteren sind vorwiegend Arbeiterinnen tätig, während in der Räuchererei die Arbeiterinnen nur die Vorarbeiten: Reinigen und Aufspießen, besorgen, die weitere Arbeit wird dann von den Räuchern gemacht.

Für Reinigen und Aufspießen erhalten die Frauen in Eckernförde für einen Wall Sprotten 3 Pf., für einen Wall Heringe 5 Pf., für einen Stieg (20) Butt 10 Pf. Während der Saison ist es gar nichts seltenes, daß 24 Stunden lang mit ganz minimalen Paufen durchgearbeitet wird. Ueberhaupt herrschen in den Küstenstädten Norddeutschlands miserable Zustände in dieser Industrie. Trotz des Kinderschutzgesetzes werden in Eckernförde und Danzig Kinder bis abends 8 Uhr mit Junageln von Küsten beschäftigt.

In einer Mariniererei in Kiel hat eine Arbeiterin in der letzten Zeit für 3 Tage 1,40 Mark Akkordlohn erhalten. In diesem Betriebe wird weder Wäsche, noch Danduch noch Seife für die Arbeiterinnen geliefert. In den meisten derartigen Betrieben fehlt auch jeglicher Speise- sowie Umkleerraum, die Arbeiterinnen benutzen vielfach den Abort, um sich umzukleiden. Auch die Paufen zum Einnehmen der Nahrung finden unregelmäßig statt. In dem Betriebe der Herren Woser u. Johansen, Altona (Befürworter des Vorschlages des Fischindustriellen) sollen die Arbeiterinnen in einer Woche 108, 97 und 84 Arbeitsstunden geleistet haben bei einem Lohn von 20-25 Pf. pro Stunde.

In den Bratereien fast aller Orte herrscht ebenfalls zur Zeit der Saison Tag- und Nachtschicht. In Schlußarbeiten die Frauen gar die Mittagszeit durch, um die paar Pfennige für den Omnibus herauszuschlagen, da die meisten auf Mecklenburger Gebiet wohnen. Gegeben wird bei der Arbeit an den Pfannen (äußerst appetitlich).

In den Bratereien leiden die Arbeiterinnen stark unter dem sich entwickelnden Qualm und Rauch. Wenn sie nach mehrstündiger Arbeitszeit aus dem Arbeitsraum herauskommen, so sind sie fast blind, und es bedarf einer ganzen Zeit, bevor sie wieder klar sehen können.

In der Mariniererei ziehen sich die Arbeiterinnen durch die ewige Kälte Unterleibs- und rheumatische Erkrankungen zu. Wegen der vielen Erkrankungen hat schon die Altonaer Krankenkasse den Beitrag um etliche Pfennige erhöht. Die Kleider der Arbeiterinnen triefen meist schon nach ganz kurzer Arbeitszeit von Wasser, so sagte ein Arbeiter vor der Untersuchungskommission aus. Auch das Stehen auf den nassen Steine- oder Zementfußböden schädigt die Arbeiterinnen in ihrer Gesundheit.

Angesichts solcher Missetände wagen es noch die Fischindustriellen, Ausnahmestellungen in der Gewerbeordnung für ihre Industrie von der Gesetzgebung zu verlangen. Die beste Antwort, die die gesetzgebende Körperschaft auf dieses Ansinnen geben kann, ist, eine schärfere Kontrolle seitens der Behörden und Gewerbeaufsichtsbeamten für diese Industrie anzuordnen, damit die mangelhaften Arbeiterinnen-Schutzbestimmungen nicht noch geschwächt werden.

Die Arbeiterinnen aber sollten in ihrer Organisation Schutz und Rückenstärke suchen, um gewappnet den Schutzmaßnahmen der Arbeitgeber entgegenzutreten zu können.

Aus der Organisation.

Eine am Montag, den 13. November, abgehaltene außerordentliche Versammlung der Zahlstelle Hamburg nahm Stellung zu dem angeführten Extrabeitrag. Eine ordentliche Mitgliederversammlung hatte vorher

die Leistung dieses Beitrages abgelehnt, nicht, weil die Hamburger Verbandsgenossen grundsätzlich gegen die Leistung von Extrabeiträgen sind, sondern weil die Forderung nicht eingehend genug begründet gewesen sei.

Der Kollege Brey aus Hannover begründete hierauf die Extrasteuer. Er gab zunächst ein Bild von dem Ausbau des Unterstützungswesens, welcher auf Drängen und Antrag der Mitglieder vorgenommen worden sei. Eine Organisation, die auf dem Grunde liegt, daß es falsch, geradezu unerträglich ist, wenn die Kämpfer erst während des Kampfes um bessere Bezahlung sich an die Organisation erinnern und anschließen, muß auf Mittel fassen, die Vereinigung werbefähig zu machen und so auszugestalten, daß die einmal Gewonnenen der Organisation auch erhalten werden. Aus dieser Ermüdung wurden die verschiedenen Unterstützungseinrichtungen unserer Organisation geschaffen und zum Vorteil der Mitglieder weiter ausgebaut.

Wenn man die Ausgaben aus dem je zweijährigen Abschluß von 1900 und 1904 mit einander in Vergleich bringt, so ergibt sich folgendes Bild. Die Ausgaben sind gestiegen: für Reiseunterstützung um vierfünftel, für Streikunterstützung um das fast Fünffache, Umzugsgeld um mehr als das Doppelte, Sterbegeld um das Sechsfache, die Ausgaben für Mahnregelungen um das Sechsfache. Seit dem 1. April des Jahres 1904 ist eine Steigerung der Ausgaben in noch rascherem Tempo zu verzeichnen. Die Beitragserhöhung um 10 Pf. soll nach den Beratungen und Beschlüssen des Verbandstages lediglich der mit dem 1. Oktober in Kraft getretenen Gewerkslosenunterstützung zugute kommen, so daß die übrigen Ausgaben aus der Beitragserhöhung Deckung nicht erfahren können. Nun haben sich die Jahre 1904 und 1905 als außerordentlich kämpferische Jahre ausgezeichnet. Eine nennenswerte Steigerung der Kosten für Lebenshaltung ist besonders im letzten Jahre zu verzeichnen gewesen, welche auch unsere Kollegen zum Angriff veranlaßt hat. Vielfach suchen die Unternehmer die Angriffe durch Ausperrungen zu bekämpfen. Dabei hört man in den Reihen unserer Organisationsmitglieder bei Forderung von Kämpfen oder bei Beschäftigung über Angehörte der Unternehmer nicht in der erforderlichen Weise auf die Ratschläge der Vertreter des Vorstandes; anstatt in diesem beratenden Vertrauensmann zu erblicken, der nur das Beste der Mitglieder will, der sich über jede Ergründung der Organisation freut, und dem jede Niederlage dasselbe Gefühl bereitet, als wie den direkt beteiligten Kollegen, sieht man in ihm vielmehr dem Bremser. Seine Ratschläge finden oft erst dann Beachtung, wenn es bereits zu spät ist. Auch hat man in der letzten Zeit wiederholt den Vorstand vor vollendete Tatsachen gebracht. Die Zustimmung zum Streik ist entweder gar nicht eingeholt, oder aber man ist, trotz verweigerter Zustimmung in den Ausstand getreten. Das sind Erscheinungen, die in Zukunft auf Rücksicht nicht mehr zu rechnen haben.

Die Zahl der Streiks, an denen wir vom 1. April 1902 bis 31. März 1904 beteiligt waren, betrug 89. In der Zeit vom 1. Januar 1905 bis jetzt haben wir aber in 90 Orten Streiks gehabt und an 183 Streiks waren wir beteiligt. Ungewöhnlich wie die Anzahl der Streiks waren auch Dauer und Beteiligung. Allein nach den Orten Berlin, Jülich, Siedel, Mackranstadt, München, Schlandt und Klein-Steinheim sind aus der Verbandskasse bis zum Tage der Versammlung 206 207 Mk. gesandt worden. Im ganzen sind vom 1. Januar 1905 bis jetzt 329 338,50 Mk. für Streiks und Ausperrungen ausgegeben.

Da das vierte Quartal noch nicht zu Ende und das nächste Frühjahr auch noch eine größere Anzahl Streiks bringt, so ist die Annahme berechtigt, daß wir auf dem nächsten Verbandstage eine Ausgabe für Streiks vorzuliegen haben werden, welche an Höhe die Gesamtanzahl für Streiks in den vor-

angegangenen 14 Jahren der Existenz des Verbandes erreicht, wenn nicht gar übersteigt. Es wurden in den 14 Jahren 490 887 Mark für Arbeitslosenunterstützungen und Ausperrungen ausgegeben.

Das seien gewiß ganz außerordentliche Ausgaben, die den Hamburger Verbandsgenossen, wenn auch nicht speziell, so doch im Allgemeinen dermaßen bekannt sein könnten, daß die Aufforderung des Vorstandes und Ausschusses zwecks Erhebung eines Extrabeitrages nicht hätte bekämpft zu werden brauchen, noch dazu aus rein formalen Gründen. Insofern kenne man doch den Ausschuss und den Vorstand, daß diese ohne dringenden Zwang, ohne unabwiesbare Veranlassung den Verbandsgenossen keine besonderen Opfer auferlegten. Können sie aber mit der Ausschreibung einer solchen Extrasteuer, dann diese kein Verbandskollege, der in Arbeit stände, sich der Leistung dieser Steuer zu entziehen suchen. Redner bittet zum Schluß, daß die Versammlung einstimmig beschließen möge, den Extrabeitrag zu entrichten.

In der Debatte fanden dann immer noch einige Kollegen trotz der prinzipiell detaillierten Aufstellung, daß die Ausschreibung des Extrabeitrages noch nicht gerechtfertigt sei. Es hätte erst eine Abstimmung vorgenommen werden müssen. Andere meinten auch, der Beitrag sei für unsere Kollegen nicht zu beschwingen. Die Versammlung beschloß aber mit fast vollkommener Einstimmigkeit grenzender Mehrheit, den Beitrag in diesem Quartale zu begleichen.

Am 14. November war eine Versammlung in Wandsbek. Hier hatten unsere Kollegen beschlossen, im nächsten Jahre erst den Beitrag zu zahlen, den Betrag selbst aber jetzt schon aus der Solokasse der Verbandskasse zu überweisen. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, mit der Zahlung des Extrabeitrages jetzt schon zu beginnen.

Eine Mitglieder-Versammlung tagte am 16. November in Bergedorf. Die gutbesuchte Versammlung nahm ein Referat des Kollegen Brey über das Thema: „Die Entwicklung unseres Verbandes und die diesjährigen Kämpfe“ entgegen. Die Kollegen in Bergedorf stellten sich von vornherein auf den Standpunkt, daß der Vorstand keinen Extrabeitrag fordert, wenn es nicht notwendig ist; es ist die Erhebung des Beitrages sofort in die Wege geleitet mit dem Erfolg, daß die Mehrzahl der Kollegen ihn bereits geleistet hat. Dafür wollen wir ihnen unsere Anerkennung nicht versagen.

Die Auszahlung der Gewerkslosen-Unterstützung.

als ob, ob sie in Form von Arbeitslosen- oder Kranken-Unterstützung zur Auszahlung kommt, erfolgt nur gegen Quittung und unter Vorlegung der Invalidenliste, resp. des Krankenbescheides.

Die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung erfolgt nur an das Invalidenbüro.

Die Kollegen jener Orte, welche einen künftigen Geschäftsführer nicht haben, haben mit ihrem Werkvermittler oder einer anderen Person ein Abkommen wegen Ausführung der Kontrolle zu treffen.

Ein Mitglied darf nur dann Gewerkslosen-Unterstützung bei Arbeitslosigkeit erhalten, wenn es eine Jahressumme für Heftgeld, Aufenthaltsgeld oder Gewerkslosen-Unterstützung noch nicht voll erhoben hat.

Bei Eintritt der Arbeitslosigkeit muß das auf Unterstützung Anspruch erhebende Mitglied dem Bevollmächtigten, oder wenn Einzelmitgliedschaft, dem Vertrauensmann unter Angabe der Ursachen der Arbeitslosigkeit, soweit sie ihm bekannt sind, sowie der ihn an der Abreise hindernenden Umstände Mitteilung machen. Als Tag des Beginnes der Arbeitslosigkeit gilt der Tag der Meldung.

Die Bevollmächtigten oder Vertrauensmänner haben dem Mitglied eine Arbeitslosen-Kontrollkarte, welche die Buchnummer, Namen, Geburts- und Eintrittsdaten, Ort des Eintritts und den Tag des Beginnes der Arbeitslosigkeit enthält, auszuhandigen.

Der Anspruch auf Arbeitslosen-Unterstützung beginnt vom achten Tage nach Beginn der Arbeitslosigkeit. Für die ersten sieben Tage wird Unterstützung am Orte nicht bezahlt.

Aus der Zuckersfabrikation.

Die Geschichte des Zuckers reicht bis auf die Zeit vor Christi Geburt zurück. Schon Älteste, ein Römer, kannte eine Art Zucker, der aus dem Saft des Sambucusfrucht gewonnen wurde und speziell als Arzneimittel Verwendung fand. Während der Kreuzzüge wurde in Europa das ursprünglich aus Indien stammende Zuckrohr bekannt; dasselbe wurde besonders in belandischen und englischen Kolonien stark kultiviert, welche auch heute bedeutende Mengen Roh- oder Kolonialzucker erzeugen.

Zur in der Zuckerfabrikation enthaltene Zucker wurde erst im Jahre 1147 von dem deutschen Chemiker Marggraf entdeckt, doch blieben die Bemerkungen darüber, diese Entdeckung durch größeren Nutzen von Roh- zur Zuckerfabrikation zu benutzen, einleuchtend, und weitere 50 Jahre mußten verstreichen, ehe es einem französischen Chemiker - Franz Achard - gelang, den König Friedrich Wilhelm III. für seine diesbezüglichen Pläne zu gewinnen. Er schickte machte ihm das Gut Kamen in Schlefien anzuweisen, und hier legte Achard mit Erfolg seine Studien fort. Er baute eine Zuckerfabrik, welche für eine tägliche Produktion von 70 Zentner Rohzucker eingerichtet war - ein für damalige Verhältnisse sehr großes und modernes Anwesen. Heute existieren in Deutschland über 300 Zuckerfabriken mit einer jährlichen Verarbeitung von 5000-50000 Zentner Rohzucker, wozu je nach ihrer Größe bedeutende Rohausbeuten erforderlich sind. Die durchschnittliche im Jahre 1904 in der Provinz Posen allein 8-16000 Morgen und darüber pro Hektar betragen.

Die Ursache dieser bedeutenden Entwicklung war in erster Linie die Entdeckung, daß fast jeder Boden bei richtiger Behandlung dem Zuckerrübenbau gewinnlich zu machen ist, wobei die Ernteerträge überaus groß sind, indem sie die des Getreides vielfach übersteigen. Einmal, so ist die dem Boden erforderliche Pflanzzeit an Zeit, Erntearbeit, Pflanzkosten usw. sehr gering; ferner auch der Umstand, daß der Zuckerrübe bald erntbar, welche vornehmlichen Einfluß die für den Zuckerrüben bedingte Temperatur des Bodens auch auf den Zuckergehalt

ausübte. Die Bauwirtschaft fand also ein Interesse an der Kultur der Zuckerrübe und ist unermüdlich bestrebt, noch Säure und Masse immer bessere Resultate zu erzielen. Heute hat sich die Technik mit besonderem Eifer um die Verbesserung von Maschinen und Apparaten bemüht, und es ist erstaunlich, bis zu welcher Vollkommenheit es gelungen ist, die mechanische Einrichtung einer heutigen Zuckerfabrik auszubilden. Unter vielen anderen sei hier nur der Vakuum-Apparat erwähnt, in welchem die Zuckerräfte im luftverdünnten Raum aus Verdampfung gebracht werden, ohne dessen Vorhandensein man sich heute keine Zuckerfabrik denken kann.

Der Zuckerrübe ist die chemische Wissenschaft zur Seite. Die rühmliche chemische Kontrolle, welche heute in allen Zuckerfabriken ausübt wird, trägt wesentlich dazu bei, eine größtmögliche Ausbeute zu erzielen bei bestmöglicher Ausbeutung des Landraums und Bewässerung der Zuckerrüben.

Die Zuckerrübe (Beta sich altissima), welche zur Familie der Chenopodiaceen gehört, besteht aus dem weichen Zellgewebe oder Mark, welches heute in allen Zuckerfabriken ausgenutzt wird, trägt wesentlich dazu bei, eine größtmögliche Ausbeute zu erzielen bei bestmöglicher Ausbeutung des Landraums und Bewässerung der Zuckerrüben.

Der Zuckerrübe (Beta sich altissima), welche zur Familie der Chenopodiaceen gehört, besteht aus dem weichen Zellgewebe oder Mark, welches heute in allen Zuckerfabriken ausgenutzt wird, trägt wesentlich dazu bei, eine größtmögliche Ausbeute zu erzielen bei bestmöglicher Ausbeutung des Landraums und Bewässerung der Zuckerrüben. Die Zuckerrübe (Beta sich altissima), welche zur Familie der Chenopodiaceen gehört, besteht aus dem weichen Zellgewebe oder Mark, welches heute in allen Zuckerfabriken ausgenutzt wird, trägt wesentlich dazu bei, eine größtmögliche Ausbeute zu erzielen bei bestmöglicher Ausbeutung des Landraums und Bewässerung der Zuckerrüben.

Verhältnis zwischen Stickstoff und Phosphorsäure ankommt. Die für die einzelnen Gegenden Deutschlands richtigen Düngungsverhältnisse sind wissenschaftlich festgestellt und werden regelmäßig von den Zuckerfabriken den Landwirten vorgelegt.

Die Zeit der Aussaat richtet sich ebenfalls nach den bestmöglichen Gegenden und deren Witterungsverhältnisse; in Mitteleuropa ist z. B. Mitte April die geeignetste Zeit. Die Samenkerne werden mittels einer Drillmaschine in Reihen gelegt, wobei dafür gesorgt werden muß, daß keine Stellen entstehen, also nicht an Samen gespart wird, um einen ertragreichen Rübenstand zu erzielen. Ist die Saat ausgegangen, jedoch ist in dem Reiben schon kleine Keimlingspflanzen zu sehen, so wird mit dem Behalten derselben begonnen. Diese Arbeit wiederholt sich drei bis viermal, bis die Rübenblätter den Boden bedecken. Ist schließlich die Saat in allen Reihen ausgegangen, jedoch in kurzen Entfernungen von einander Büschel von Pflanzen stehen, deren Wurzeln eine Größe von 3 bis bis 4 Zentimeter erreicht haben, so beginnt das Verziehen der Rüben, d. h. es werden aus jedem Rübenbüschel alle Pflanzen bis auf das stärkste entfernt. Man stelle sich vor, welche Zeit und Mühe bei den großen Ausdehnungen der Rübenfelder auf diese Arbeit verwandt werden muß. Mit Vorzick verwendet man die Kinder der Landarbeiter zu diesem mühseligen, den Rüben der kleinen Maschinenkinder vertrauten Geschäft. Die letzten Erntebürger werden in vielen Gegenden mittels Wagen zur Arbeit und von der Arbeit gefahren. Für die Arbeit wird spezielle Bezahlung geleistet.

Die Ernte beginnt in Deutschland im September und muß bis spätestens November beendet sein. Es wird jede Rübe mit der Hand ausgehoben, nachdem man sie vorher mittels des Spatens angehoben hat, und gelüpft, wobei man sich eines entsprechend profunden Holzmessers bedient. Diese Produktion hat den Zweck, die Rübenblätter vom Kopf der zuckerrühmigen Rübe von dieser zu trennen. Versuche, dies Verfahren auf mechanischem Wege zu vollziehen, sind bislang von Erfolg noch nicht gekannt worden.

Es muß also jedes arbeitslose Mitglied einen für zwei Wochen ausreichten Kontroll- und Unterstützung erhalten. Halbe Tage gelangen nicht zur Auszahlung. Bei Mitgliedern, die die Arbeit aussetzen, werden die Tage der Arbeitslosigkeit zusammengezählt; für die Zeit, welche über sieben Tage hinausgeht, wird Arbeitslosen-Unterstützung bezahlt.

Für die in die Arbeitslosigkeit fallenden einzelnen Tage der Beschäftigung kommt die Ortsunterstützung in Betracht. Ortsunterstützung darf nur an dem Orte, wo das Mitglied arbeitslos geworden ist, ausgezahlt werden. Jedoch kann auf Antrag das arbeitslose Mitglied dem Bevollmächtigten eines anderen Verbandortes zur Kontrolle und Unterstützung überwiesen werden.

Weg zwischen zwei Arbeitslosigkeiten ein Zeitraum von weniger als 6 Arbeitswochen, so kann Ortsunterstützung gleich vom Tage der Wiedergewinnung der neuen Arbeitslosigkeit an gezahlt werden.

Zur Kontrolle der Arbeitslosigkeit hat sich der Arbeitslose täglich mindestens einmal bei dem Bevollmächtigten oder Vertrauensmann oder deren Vertretern unter Vorzeigung der Journalistenkarte zu melden bzw. sich in eine von diesen aufgelegte Kontroll-Liste einzutragen. Die Tagesstunde und den Ort der Kontrolle bestimmen die Bevollmächtigten oder Vertrauensmänner und ist der Zeitpunkt so zu wählen, daß er in die übliche Tagesarbeitszeit (nicht in die Pausen) fällt.

Die stattdeswegen Kontrolle wird von den Bevollmächtigten oder deren Vertretern durch Namensunterschrift bestätigt. Eine frühere Auszahlung der Ortsunterstützung als nach Ablauf von 52 geleisteten Beitragswochen ist unter allen Umständen unzulässig.

Weg ein Ortsunterstützung-Empfänger auf die Reise, so kann er nur Reisegeld und Aufenthaltsgeld erheben, wenn er nach dem das Reisegeld betreffenden Bestimmungen des Statuts (§ 9, Abs. 10) noch nicht ausgereistert ist. In diesem Falle ist die Ortsunterstützungssumme dem bereits bezogenen Reisegeld zuzuzählen.

Der Ortsunterstützung geht ein Mitglied verlustig:

- bei beharrlicher grundloser Verweigerung einer unter auskömmlichen Bedingungen ihm angebotenen oder nachgewiesenen Arbeitsgelegenheit;
- bei erwiesener Nichtbefolgung der im Statut enthaltenen Vorschriften und der durch dasselbe auferlegten Pflichten, als auch der auf Grund desselben erlassenen Kontrollmaßnahmen;
- wenn das Mitglied bei Beginn seiner Arbeitslosigkeit mit den Beiträgen über 8 Wochen im Rückstande ist; in diesem Falle kann die Unterstützungs-Berechtigung auch durch Nachzahlung der Beiträge nicht erlangt werden.

Die Erwerbslosen-Unterstützung in Krankheitsfällen.

Ein Mitglied darf auf dem Erwerbslosen-Unterstützung bei Krankheit erhalten, wenn es eine Jahressumme für Reisegeld, Aufenthaltsgeld oder Arbeitslosen-Unterstützung nicht voll erhoben hat.

Bei Eintritt der Krankheit muß das auf Unterstützung Anspruch erhebende Mitglied dem Bevollmächtigten, oder wenn Einzelmitglied, dem Vertrauensmann von der Krankheit unter Vorzeigung eines ärztlichen Attestes oder des Krankenscheines Mitteilung machen.

Als Tag des Beginnes der Krankheit gilt der Tag der Krankheitsmeldung beim Bevollmächtigten oder Vertrauensmann.

Der Anspruch auf Erwerbslosen-Unterstützung infolge von Krankheit beginnt vom achten Tage nach Beginn der Krankheit.

Für die ersten sieben Tage wird Erwerbslosen-Unterstützung im Falle der Krankheit nicht gewährt. Halbe Tage gelangen nicht zur Auszahlung. Erwerbslosen-Unterstützung infolge von Krankheit darf nur an dem Orte, wo das Mitglied krank geworden ist, ausbezahlt werden. Besteht ein Mitglied nach-gewiesenermaßen außerhalb seines Wohnortes zur Heilung und Genesung, so kann ihm das Geld per Post zugesandt werden, oder das Mitglied kann gegen ausgereisterte, vom Vorstand zu liefernde Ermächtigungsscheine eines seiner Familienmitglieder zur Führung des Geldes betrauen. In diesem Falle lehnt der Vorstand für richtige Ablieferung des Geldes durch den Erheber jede Verantwortung ab.

Weg zwischen zwei Krankheiten ein Zeitraum von weniger als sechs Arbeitswochen, so kann Erwerbslosen-Unterstützung gleich vom Tage der Wiedergewinnung der neuen Krankheit an gezahlt werden. Folgt einer Krankheit von weniger als vier und sechs Wochen eine Arbeitslosigkeit, so kann Unterstützung gleich vom Tage der Wiedergewinnung der Arbeitslosigkeit für die restlichen Wochen bezahlt werden.

Der Erwerbslosen-Unterstützung infolge von Krankheit geht ein Mitglied verlustig:

- wenn bei eingetretener Genesung das Mitglied eine unter auskömmlichen Bedingungen ihm angebotene oder nachgewiesene Arbeit grundlos verweigert;
- bei erwiesener Nichtbefolgung der im Statut enthaltenen Vorschriften und der durch dasselbe auferlegten Pflichten, als auch der auf Grund desselben erlassenen Kontrollmaßnahmen;
- wenn das Mitglied bei Beginn seiner Krankheit noch mit den Beiträgen über acht Wochen im Rückstande ist; in diesem Falle kann die Unterstützungs-Berechtigung auch durch Nachzahlung der Beiträge nicht erlangt werden.

Das Reisegeld

wird an den vom Vorstand bestimmten Zahlorten durch die Bevollmächtigten und Vertrauensmänner oder durch von diesen bestimmte Personen ausbezahlt. (Siehe § 9 Absatz 7.)

Die Reiseunterstützung wird erst nach zurückgelegter Reise ausgezahlt. Es ist unzulässig, daß Bevollmächtigte an Mitglieder ihrer Zahlstelle Reisegeld vor der Abreise ausbezahlen. In den Zahlstellen Gärtenberg, Eggeln und Uckermark ist in dieser unzulässigen Weise verfahren worden.

Die Beschaffenheit des Mitgliedsbuches bei Auszahlung des Reisegeldes.

- Beim Auszahlen des Reisegeldes ist genau darauf zu achten, daß ein jedes Mitglied eine ordnungsgemäße Abmeldung im Mitgliedsbuch eingetragen erhalten hat;
 - dem Verbandsamt ununterbrochen ein Jahr als Mitglied angehört und 52 Wochenbeiträge bezahlt hat;
 - mit den Beiträgen nicht länger als acht Wochen im Rückstande ist;
 - mit dem Reise-Validationschein versehen ist.
- Entspricht das Mitgliedsbuch den hier angeführten Anforderungen nicht, so darf unter keinen Umständen Reisegeld ausbezahlt werden.

Das Reisegeld wird an den vom Vorstand bestimmten Zahlorten gewährt und beträgt vom Tage der Abreise pro Tag 1 Mark. Das betreffende Mitglied hat nur dann darauf Anspruch, wenn es eine als Tagesleistung zu betrachtende Strecke von ca. 5 Wegstunden (25 Kilometern) zurückgelegt hat. An einem Orte darf jedoch nicht über 3 Mark ausbezahlt werden, wenn zwischen dem letzten Orte ein Zahlort liegt. (Das ist doch deutlich! Wir verstehen daher nicht, wie es Auszahlung fertig bringen konnten, gegen diese Bestimmung zu verstoßen. Die Bestimmung ist so aufzufassen: Ein Mitglied reist am 15. November morgens in Berlin ab, trifft an diesem Tage in Magdeburg ein, dann erhält es 1 Mark!) In Zahlorten, welche durch Ver-

öffentlichung des Vorstandes im „Proletarier“ gesperrt sind, kann für die Dauer der Sperrung das Reisegeld verweigert werden.

Hat ein Mitglied die vorgesehene Summe an Reisegeld oder Aufenthaltsgeld bezogen, so kann es erst wieder nach 52 Wochen, vom Tage der ersten Auszahlung an gerechnet, Reisegeld oder Aufenthaltsgeld erhalten, wenn es während dieser Zeit dem Verbandsamt ununterbrochen angehört und wiederum 52 Wochenbeiträge entrichtet hat.

Das bis zum 1. Oktober 1905 bezogene Reisegeld, sobald es in den letzten 52 Wochen zur Auszahlung gekommen ist, wird in Anrechnung gebracht auf die jetzt geltenden Sätze.

Von allen Unterstützungen sind die rückständigen und laufenden Beiträge in Abzug zu bringen.

Alle Unterstützungen sind in das Mitgliedsbuch einzutragen.

Reisegeld, Aufenthaltsgeld, Orts-Unterstützung und Unterstützung im Krankheitsfall sind verschiedene Formen einer Unterstützungsleistung. Es folgt daraus, daß die Unterstützung in der einen oder anderen Form nur dann bezogen werden kann, wenn das Mitglied nicht bereits mit einer der drei Unterstützungen ausgestattet ist.

Den Mitgliedern, welche mehr als die Gesamtsumme an Unterstützung erhalten, wird die Wartezeit um so viel Tage verlängert, als sie Markt oder eine angefangene Markt zu viel erhalten. Außerdem ist dem Vorstand vorbehalten, zu entscheiden, ob nicht wegen des Mehrbezuges an Unterstützung Anträge zu erfolgen hat.

Bei Auszahlung kommen die seit dem Eintritt in den Verband geleisteten Wochenbeiträge in Anrechnung.

Mitglieder, deren Beitragsleistung sich nach § 6 Abs. 7 regelt, die also den niedrigen Beitrag bezahlen, und Mitglieder, die wohl vollen Beitrag bezahlen, aber gleichwohl invalid sind, haben weder Anspruch auf Reisegeld, noch Orts- oder Krankenunterstützung.

Ist die Leistung der niedrigen Beiträge vorübergehend gewesen, derart, daß ein Mitglied nach den niedrigen Beiträgen wieder volle geleistet hat, so kommt Erwerbslosen-Unterstützung zur Auszahlung. Es kommen aber nur die geleisteten Wochenbeiträge in Anrechnung, d. h. die niedrigen Beiträge werden nicht gezahlt.

Für innerhalb der letzten 52 Wochen von anderen Verbänden übergetretene Mitglieder gilt folgendes:

Gewährte die Organisation, aus welcher der Hebertritt erfolgte, Arbeitslosen-Unterstützung nicht, so hat der Heber-tretende die Karenzzeit für den Bezug der Erwerbslosen-Unterstützung erst in unserer Organisation noch durchzumachen. (§ 3 des Statuts.)

Uebertretende, die in anderen Verbänden in den dem Hebertritt vorausgegangenen 52 Wochen in der Arbeitslosen-Unterstützung ausgereistert worden sind, können bei uns erst Unterstützung erhalten, wenn sie wieder 52 Wochenbeiträge geleistet haben.

Die Streiks im Jahre 1904.

II

Die Angriffsstreiks.

Im Jahre 1904 wurden 686 Angriffsstreiks, gleich 64,5 Prozent der gesamten Streiks und Auspersierungen, geführt, von denen 19 am 1. Januar 1905 noch nicht beendet waren. Beteiligt waren an den Angriffsstreiks 79 085 männliche und 2342 weibliche, zusammen 81 427 Personen. Der Verlust an Arbeitszeit konnte mit 1 254 500 Arbeitstagen, wovon 39 276 Tage auf die weiblichen Beteiligten entfielen, für 72 560 von den 81 427 Beteiligten festgesetzt werden. Der Verlust an Arbeitsverdienst betrug für die 72 560 Beteiligten 4 901 207 Mt. Veranlaßt wurden für diese Streiks 3 121 709 Mt.

Von den Streiks wurden 24 mit 1095 Beteiligten um Befürzung der Arbeitszeit geführt. Erfolgreich waren von diesen Streiks 17, teilweise erfolgreich 3. Vollen Erfolg erzielten 556, teilweise Erfolg 260 Streikende. Um Lohnreduzierung wurden 430 Streiks geführt, wovon 292 mit 21 805 Beteiligten um vollen Erfolg und 103 mit 11 245 Beteiligten mit teilweisem Erfolg für die Arbeiter beendet wurden. 303 Streiks fundierten zur Durchführung von Forderungen auf Arbeitszeitverlängerung und Lohnreduzierung. Von diesen endeten 160 mit vollem und 97 mit teilweisem Erfolg. Vollen Erfolg hatten 14 127, teilweisen Erfolg 12 139 Streikende. Die weiteren 79 Angriffsstreiks wurden wegen Durchführung der politischen und gesellschaftlichen Arbeitshauptforderungen, wegen Befreiung militärischer Personen, oder aus anderen Ursachen geführt. Infolge davon waren von den Angriffsstreiks 57,4 Prozent erfolgreich und 11,6 Prozent teilweise erfolgreich. Vollen Erfolg erzielten bei den Angriffsstreiks 37 892 und teilweisen Erfolg 24 428 Streikende. In den fünfzehn Jahren von 1890 bis 1904 fand 4606 Angriffsstreiks = 59,5 Prozent aller Streiks an verschiedenen Orten statt. Beteiligt waren an diesen Streiks 589 274 Personen. Veranlaßt wurden für die Streiks 17 661 408 Mt. Erfolgreich waren 2245 = 51,5 Prozent, teilweise erfolgreich 1250 = 29,7 Prozent und erfolglos 864 = 19,8 Prozent dieser Streiks. Von 1900 bis 1904 war für die in diesem Zeitraum geführten 2683 Angriffsstreiks mit 277 388 Beteiligten ein Verlust an Arbeitszeit von 4 129 300 Arbeitstagen zu verzeichnen.

Seit dem Jahre 1900 können nähere Angaben über den Erfolg, welchen die Beteiligten bei den Streiks insgesamt und bei den einzelnen Arten der Streiks machten, gemacht werden. In der folgenden Tabelle sind für die letzten 5 Jahre die Erfolge in absoluten und Prozentzahlen für die Angriffsstreiks im allgemeinen und für die Streiks, die um Arbeitszeitverlängerung und Lohnreduzierung geführt worden sind, dargestellt.

Jahr	Angriffsstreiks		Lohnreduzierung		Arbeitszeitverlängerung	
	Beteiligte		Beteiligte		Beteiligte	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1900	514	66,7	237	46,1	27	35,6
1901	291	37,1	109	37,4	6	20,6
1902	289	37,1	117	40,8	7	24,1
1903	608	78,1	281	46,2	15	48,4
1904	886	113,1	509	57,4	37	41,6
Sa.	2583	328,1	1253	48,5	86	33,4

Jahr	Angriffsstreiks		Lohnreduzierung		Arbeitszeitverlängerung	
	Beteiligte		Beteiligte		Beteiligte	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1900	16	2,0	11	68,7	2	12,5
1901	5	0,6	3	60,0	1	20,0
1902	1	0,1	1	100,0	0	0,0
1903	35	4,4	7	20,0	2	5,7
1904	24	3,0	17	70,8	3	12,5
Sa.	81	10,3	39	47,9	8	9,9

Böhmische Arbeiterbewegung.												
Jahr	Angriffsstreiks		Lohnreduzierung		Arbeitszeitverlängerung		Ausstritt aus der Organisation		Nichtannahme der allgemeinen üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen		Lohnreduzierung	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1900	284	36,1	142	50,0	14	49,3	15	10,4	18	11,1	122	42,9
1901	127	16,2	63	22,2	4	12,5	15	10,4	21	12,8	219	78,1
1902	185	23,7	92	32,2	6	18,8	4	2,7	46	27,6	276	97,3
1903	323	41,6	161	50,0	10	31,2	8	5,3	50	29,9	294	100,0
1904	480	61,6	240	50,0	14	43,8	19	12,8	62	36,1	266	92,9
Sa.	1319	169,2	662	50,0	48	48,0	51	10,0	127	10,0	1172	89,9

Böhmische Arbeiterbewegung (Fortsetzung).												
Jahr	Angriffsstreiks		Lohnreduzierung		Arbeitszeitverlängerung		Ausstritt aus der Organisation		Nichtannahme der allgemeinen üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen		Lohnreduzierung	
	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent	Zahl	Prozent
1900	240	30,8	120	50,0	11	45,8	11	4,6	18	7,5	122	50,8
1901	108	13,8	54	22,2	4	16,0	15	6,2	21	8,8	219	91,2
1902	60	7,7	30	12,5	6	24,0	4	1,6	46	19,2	276	112,8
1903	209	26,8	104	50,0	10	40,0	8	3,2	50	20,0	294	117,6
1904	303	38,7	151	50,0	14	46,9	19	7,6	62	25,4	266	106,4
Sa.	920	117,6	460	50,0	45	48,9	57	11,7	127	10,0	1172	90,0

und 61 mit 3456 Beteiligten wegen Angriffs auf das Koalitionsrecht geführt. Von den letzteren waren nur 13,1 Prozent erfolgreich, während 49,1 Prozent der wegen Lohnreduzierung und 54 Prozent der wegen Nichtumsetzung der üblichen Arbeitsbedingungen geführten Streiks erfolgreich waren.

Vom sozialen Kampfplatze.

— Markranstädt. Vor Wochen angebahnte Verhandlungen verlaufen ergebnislos. Der Herr Bürgermeister legte folgende Vergleichsvorschläge vor:

1. Die Vertretung der hiesigen Rükschmer erwirbt bei dem Verband zunächst die Erlaubnis, die gegenwärtig im Besitz der Fabrik befindlichen Kranichenselle zu dem Satz von 6 Pf. pro Stück aufarbeiten zu dürfen; zugleich wird von Seiten der Arbeiterschaft das ernstliche Versprechen abgegeben, baldigst in Gemeinschaft mit den Arbeitgeberern eine Revision des Tarifs herbeizuführen, bei welcher die Tarifsätze für Kanin, Geh, Nutria und eventuell noch andere Artikel ermäßigt werden, während für andere Artikel eine gewisse Erhöhung eintritt.
2. Die Direktion der Fabrik verpflichtet sich, ihre früheren Rükschmer und Arbeiter nach und nach insoweit wieder einzustellen, als Plätze bei ihr vorhanden sind, und hierbei die Forderung, daß die wieder einzustellenden Arbeiter aus dem Verbandsverbande austreten, fallen zu lassen.
3. Die Vertreter der Arbeiterschaft lassen die Forderung fallen, daß die gegenwärtig bei der Fabrik beschäftigten Arbeiterwittgen entlassen werden.

Da ein Abgehen der Rükschmer von ihrem Tarif bei nur einem Betriebe ganz unmöglich ist, auch bei Wiedereinstellung nur ein Teil der Streikenden, in Frage kämen etwa nur 20, welche mit den komplizierten Arbeiten betraut waren, von der Masse der Ausständigen ausgewählt worden wären, wohingegen doch das Verbleiben beim Verband eigentlich selbstverständlich ist, wäre die Annahme dieser Vorschläge gleichbedeutend mit einer vollständigen Niederlage gewesen, und da die Ansichten des Streiks trotz alledem sehr günstige sind, wurden die Vorschläge in geheimer Abstimmung von den Streikenden einstimmig verworfen. Da der Zustand mit Hin- und Hergehen weitergeführt und voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, auch die Streikenden gewillt sind, den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen, beschloß eine öffentliche Einwohnerversammlung, den Streikenden eine Weihnachtsfeier zu veranstalten, resp. einen Zuschuß zur Neujahrsfeier zu gewähren.

— München. In der Gummifabrik von Meßler u. Co. sind die Kolleginnen und Kollegen in den Streik getreten. Mit ihnen haben sich solidarisch erklärt die in der Fabrik beschäftigten Metallarbeiter, Holzarbeiter und Maschinisten. In einem offenen Briefe gibt die Firma folgende Darstellung:

Am Donnerstag, den 9. November, vormittags wurde die Direktion benachrichtigt, daß sich zwei Arbeiter der chirurgischen Abteilung gegen ihren Meister unbotmäßig benommen hätten, indem der eine sich weigerte, eine ihm von seinem Meister zugeteilte Arbeit zu fertigen, während der andere seinem Meister das Recht absprach, in seiner Abteilung disponieren zu dürfen.

Zwei weitere Arbeiter der Malzabteilung bedrohten einen anderen Arbeiter, der besonders fleißig seine Arbeiten vollführte, innerhalb der Fabrik.

Diese vier Arbeiter wurden von der Fabrikleitung entlassen. Am Freitag, den 10. November, vormittags, erklärte sich die Direktion der Aktiengesellschaft Meßler u. Co. auf Veranlassung des Vertrauensmannes der Organisation der Fabrik, Land- und Hülsenarbeiter bereit, oben genannte vier Leute wieder an ihre Arbeitsplätze zu stellen, falls die beiden Arbeiter, die sich gegen ihren Meister unbotmäßig benommen hatten, denselben um Entschuldigung bitten würden.

Während der eine Arbeiter dieser Aufforderung nachkam und sofort wieder eingestellt wurde, schloß der andere Arbeiter dies rundweg ab und wurde deshalb entlassen.

Am Samstag desselben Tages legten die Arbeiter der chirurgischen Abteilung die Arbeit nieder.

Am Sonnabend, den 11. November, stellte die Organisation der Fabrik, Land- und Hülsenarbeiter das Verlangen an die Aktiengesellschaft Meßler u. Co., die chirurgischen Arbeiter, die ohne den geringsten Grund die Arbeit eingestellt hatten, wieder aufzunehmen, mit der Drohung, daß sie die Malzearbeiter auch zum Verlassen der Arbeit zwingen würden, falls die Aktiengesellschaft Meßler u. Co. ihrem Verlangen nicht entsprechen sollte.

Die Aktiengesellschaft Meßler u. Co. lehnte es ab, mit dem Verbandsrat auf Grund dieser willkürlichen, jeglichen Gerechtigkeitselementen entbehrenden Maßnahmen in weitere Verhandlungen einzutreten.

In diesem Briefe ist aber ein wichtiger Umstand nicht berücksichtigt, das ist, daß in der chirurgischen Abteilung eine Reduzierung des Arbeitsmaßes eingeführt werden sollte, bei dem der herrschende Tageslohn von 1,80 Mark zu erlangen war! Dieser wird verweigert, daß die Bezahlung für sämtliche Arbeitsstunden verweigert worden ist, bei manchen Sachen nur die Hälfte.

Auf den übrigen Inhalt des offenen Briefes haben unsere Kollegen zu antworten. Es stehen tausend Personen im Auslande.

— Stettin. Der Zug von Rietern ist ferngehalten.

— Velten. Die Lohnbewegung auf den hiesigen Oefenfabriken ist für die in den Oefenfabriken beschäftigten Kollegen mit einer kleinen Lohnaufbesserung beendet. Es wurde folgender Tarif auf die Dauer eines Jahres vereinbart.

1. Alle vollwertigen Oefenfabrikenarbeiter, d. h. Arbeiter, die alle vorerwähnten Arbeiten verrichten können, erhalten einen Stundenlohn von 30 Pf.
2. Brenner erhalten einen Stundenlohn von 32 1/2 Pf. für sämtliche anderen Oefen-, Oefenarbeiter und Maschinisten bleibt der bisherige Lohn bestehen.
3. Jugendliche, ältere und invalide Arbeiter sind ausgenommen.
4. Die halbe Nacht arbeiten (von 1/2 7 bis 1/2 1 Uhr oder von 1/2 1 bis 1/2 7) wird mit 1,50 Mk. bezahlt.
5. Für die übrige Nacht wird mit 1,25 Mk. bezahlt.
6. Für die Brenner nach 3 Uhr nachts aus, so erhält er 2,00 Mk. frei.
7. Lohnzahlung erfolgt am Freitag.
8. Dieser Tarif gilt vom 1. Oktober 1905 an bis 1. Oktober 1906 und verlängert sich auf 1 Jahr weiter, falls nicht 3 Monate vorher gekündigt wird.

In Ausübung der Arbeitnehmer: Paul Klein
In Ausübung der Arbeitgeber: Otto Schmidt

Dieser Tarif bringt für die Oefenfabrikenarbeiter und Brenner eine Erhöhung von 1 1/2 Pf. pro Stunde. Ist der Tarif auch kein großer, so können die Kollegen doch immerhin damit zufrieden sein, wenn man bedenkt, daß sie vor 2 Jahren 3 Monate lang im Streik standen und trotzdem nicht mehr erhalten als jetzt.

An die Auszahler der Erwerbslosen-Unterstützung!

Nachstehend machen wir auf einen uns zur Kenntnis gebrachten Fall aufmerksam und bitten, beim Auszahlen der Unterstützung die größte Aufmerksamkeit anzuwenden, damit es einem unehrlichen Menschen nicht gelingt, unsere Organisation schädigen zu können.

Es handelt sich um folgendes: Dem Bevollmächtigten der Zahlstelle Rortorf sind am 4. November 119 Beitragsmarken à 30 Pf. gestohlen worden, außerdem ein Stempel! Der Verdacht, den Diebstahl begangen zu haben, richtet sich gegen einen gewissen Wilhelm Broedel, geboren am 16. September 1866 zu Wartenberg in Schlesien. Der Betreffende ist mittlerer Statur, bartlos, und seiner Beschäftigung nach Melker.

Genannter ist am 16. Oktober dieses Jahres Mitglied unseres Verbandes geworden. Bestätigt sich der Verdacht, so wird der Genannte verurteilt, durch Vornahme von Fälschungen durch Marken und Stempel sich in den Bezug der Erwerbslosen-Unterstützung zu bringen. Der Genannte hat die Buchnummer 90 017.

Sollte das Buch zur Erlangung von Unterstützung vorgezeigt werden, so ist es abzunehmen, der Vorzeiger aber sofort feststellen zu lassen und zur Anzeige zu bringen.

Mit Gruß
August Brey.

Soziale Rundschau.

— Notwendigkeit der Organisation. Im Inseraten- teile der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 302, 1. Morgenblatt, vom 31. Oktober 1905, wird eine Mechanische Spielwarenfabrik, in der Nähe von Nürnberg gelegen, um 280 000 Mk. zum Verkaufe angeboten. Als besondere Empfehlung für Kauflustige wird beigefügt:

„Die Fabrik beschäftigt ca. 200 gut geschulte, durchweg nicht organisierte und billige Arbeitskräfte.“

Der Gewinn der Fabrik betrug, wie das Inserat angibt, nach reichlichen Abschreibungen und einer vierprozentigen Verzinsung des Anlagekapitals 40 000 Mk. pro Jahr. Wenn die 200 Arbeiter sich organisieren und nur eine Erhöhung ihres Einkommens um 50 Pf. pro Kopf und Jahr durchsetzen, bleibt immer noch ein reichlicher Unternehmergewinn.

Korrespondenzen.

Hannover. Am Sonnabend, den 4. November, tagte im Saalbau eine öffentliche Versammlung der Fabrikarbeiter, in der Kollege Köhler aus Frankfurt a. M. über das Thema: „Der neueste Gewaltakt auf der Dunlop“ referierte. In einem höchst lobenswerten Vortrage geißelte der Referent die brutale Vorgangsweise auf der Dunlop. Unter anderem meinte er auch, es wäre die höchste Zeit, daß die hiesige Stadtverwaltung der Dunlop etwas mehr auf die Finger sehe, da durch die schlechten Löhne, die die Firma zahle, in ganz kurzer Zeit die Gefahr aufstehe, daß das Armenbudget der Stadt durch Arbeiter der Dunlop ganz erheblich gesteigert werde. Die Stadt sei umso mehr dazu verpflichtet, da der Dunlop ganz bedeutende Bergünstigungen zugestanden sind. Für die Arbeiter gebe es nur eine Hilfe, das sei die Organisation. Gäßen die Arbeiter den Wert derselben schon früher begriffen, sie bräuchten nicht ohnmächtig mit zuzusehen, wie dieser famose Engländer ihre besten Kollegen auf die Straße schmeiße, sie könnten ihm zurufen: „Halt, bis hierher und nicht weiter, du kannst mit deutschen Arbeitern nicht machen, was du willst!“ Bögen jetzt die Arbeiter ihre Kenntnisse aus dem Vortrage der Direktion, suchten sie mit aller Macht auch den letzten Arbeiter der Dunlop zu organisieren, in ganz kurzer Zeit wären sie instande, dem Vorgehen der Direktion ganz energig entgegenzutreten. Die Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß der Arbeiterauschuss vollständig wertlos sei, da die meisten Mitglieder derselben schon gemahregelt seien. Die noch im Betrieb beschäftigten Ausschussmitglieder wurden aufgefordert, ihr Amt niederzulegen. Es wurde außerdem beschlossen, die Arbeiter-Redaktion des Monatsheftes Deutschlands auf die Zustände in der Dunlop aufmerksam zu machen.

Hannover. Am Sonnabend, den 11. v. M., fand im Saalbau unsere Versammlung mit der Tagesordnung: Abrechnung des 2. Quartals und Stellungnahme zur Anstellung eines zweiten „uten“ statt. Aus der Abrechnung sowohl, wie auch aus der Begründung der Notwendigkeit der Anstellung eines weiteren besoldeten Beamten war zu ersehen, daß unsere Zahlstelle in erfreulicher Entwicklung begriffen ist. Als im Januar d. J. der Zusammenstoß der drei Zahlstellen Hannover, Bielefeld und Kassel erfolgte, war eine Mitgliederzahl von nicht ganz 1600 vorhanden. Diese Zahl ist nun in den drei Viertel Jahren des Bestehens der vereinigten Zahlstelle und seit Anstellung eines besoldeten Beamten auf 2879 gestiegen. Allen im letzten Quartal war ein Zuwachs von 805 Mitgliedern zu verzeichnen. Ein Beweis, daß hier noch ein gutes Feld für uns vorhanden ist. Die Versammlung stellte sich demnach auch auf den Standpunkt, daß zur Erhaltung des bereits gewonnenen ein zweiter Beamter vorhanden sein müsse. Es wurde, nachdem von der Verwaltung erklärt worden, daß von einer Erhöhung des Lokalbeitrages keine Rede sei, ein Antrag, zum 1. Januar 1906 einen zweiten Beamten anzustellen, einstimmig angenommen.

Markranstädt. In einer am 10. November in dem fast überfüllten Saale des Stadtparkes abgehaltenen Versammlung sprach Genosse Witting-Beipzig über das Thema: „Des Proletariats Not und Hilfe.“ Der Redner schilderte treffend, wie zur Adventszeit in den Kirchen die Weihnachtsbotschaft Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen gepredigt werde, die Proletarier aber von diesem Frieden nichts verspürten, namentlich auch die Markranstädter Arbeiter, die nun schon seit hundert Wochen einen hartnäckigen Kampf um ihre Existenz führen müßten. Suche der Proletarier seine Lage zu bessern, wie es ja jeder Geschäftsmann und Beamte auch tue, so würde über die begehrenden Arbeiter geschimpft und ihre Forderungen begehrt. Auch in Markranstädt sehe es nicht besser aus. Umfassend mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln, wolle man die Organisation, diese Feinde des Unternehmertums, vernichten. Man wolle Herr im Hause sein. Doch der Proletarier müsse zu der Überzeugung gelangen, daß ihm nur seine Organisation helfen könne, die auch den Markranstädter Kampfenden ihre Hilfe angeheißelt lasse bis zum Siege. Auch sei das Solidaritätsgefühl der nicht streikenden Arbeiter der-

artig entwickelt, daß eventuell jeder dazu beitragen werde, den Kampfenden ein fröhliches Weihnachtsfest zu bereiten. Genosse Witting richtete noch einen Appell an die noch nicht organisierten Arbeiter, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren. Gute Bravorufe folgten dem Vortrage. Genosse A. Zanger referierte dann über den Streik selbst, sowie über die Einigungsversuche des Bürgermeisters, die in den Streikerversammlungen als unannehmbar verworfen wurden. Er unterzog das Verfahren in der letzten Gemeinderatsitzung einer herben Kritik. Nachdem noch eine Anzahl Redner gesprochen, wurde folgender Antrag angenommen: „Die am 10. November im Saale des „Stadtparkens“ zu Markranstädt tagende öffentliche Einwohnerversammlung nimmt Kenntnis von dem derzeitigen Stand des Streiks bei der Aktiengesellschaft vorm. Walter's Nachf. und spricht den Streikenden nach wie vor ihre vollste Sympathie aus. Die Versammelten verurteilen es auf das entschiedenste, daß die Mehrheit der bürgerlichen Vertreter im Stadtparlament eine Beschneidung der gegenwärtigen unehrlichen Zustände in der Stadt unmöglich gemacht hat durch Verlassung des Sitzungssaales. Als Antwort darauf und um unseren kämpfenden Genossen in dem jedenfalls über Weihnachten dauernden Kampf wirksamer zu helfen, beauftragt die Versammlung den Markranstädter Gewerkschaftsausschuss, sofort in eine Agitation zur Veranlassung einer Weihnachtsfeier und Sammlungen als Beihilfe zur Neujahrsfeier einzutreten. Die Versammelten sind überzeugt, daß sich kein Arbeiter dieser Ehrenpflicht entziehen wird, um gleichzeitig den bürgerlichen Kreisen einen Beweis von dem entwickelten Solidaritätsgefühl der Arbeiter zu geben.“ In einem Schlußwort betonte Genosse Witting, daß die jetzige Zeit freie Männer brauche, daß die Arbeiterpresse in keinem Hause fehlen, Genosse Hoppe schloß hierauf die von ungefähr 1000 Personen besuchte Versammlung.

Quittung.

Bei der Hauptkasse gingen seit dem 8. November folgende Beträge ein:

Stolzenberg 138,38	Hannover 710,—	Magdeburg 1300,—
Meißen 800,—	Pfungstadt 399,52	St. Aubeim 133,36
Essen a. Ruhr 100,89	Regen 69,70	Ummelter 73,26
Braunlage 9,20	Rödeln 115,46	Borch 66,48
Domburg v. d. S. 24,85	München 2000,—	Hilshorn 600,—
Keumünster 100,—	Uetersen 100,—	Ohlstedt 76,50
Hüttenrode 19,—	Neustadt a. d. S. 267,22	Schmiedeburg i. R. 86,78
Stuttgart 882,66	Spandau 300,—	Bernburg 100,—
Wilmwärd a. d. S. 77,40	Verbst 35,—	Sarsfeld 180,—
Udermann 168,71	Bergedorf 800,—	Oberschneweide 247,05
Hannover 1000,—	Offenbach 500,—	Stettin 300,—
Heilbronn 300,—	Neumünster 250,—	Nienburg a. S. 200,—
Raguhn 44,05	Worms 20,—	Walbheim 190,—
Charlottenburg 800,—	Leipzig 800,—	Frankfurt 800,—
Röpenitz 1333,03	Bremen 600,—	Galle a. S. 400,—
Büdingen 185,04	Konstanz 174,32	Brandenburg (Havel) 155,—
Gartha 130,—	Schleubitz 75,—	Rußla 40,—
Miesbach 250,05	Anthorn 70,—	Regenlauf 14,60
Schlen 10,90	Wilhelmsburg 500,—	Stückstadt 250,—
Kalt 100,—	Hirschberg 88,28	Thale 60,—
Ziegel 200,—	Eiterwinden 28,08	Kampertheim 670,42
Schwinfurt 300,—	Oberschneweide 800,—	Dresden 800,—
Weissenau 124,18	Pöbelzug 100,—	Galbe 59,16
Hübeland 46,58	Strohburg 148,46	Jagwitz 85,50
Kattowitz 60,—	Fürstenberg 20,—	Sandhofen 200,—
Karlruhe 92,35	Wanne i. Westf. 33,45	Schlaf Montag, den 20. November, mittags 12 Uhr.

Die Zahlstelle Stettin und Umgegend hat die Zustimmung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pf. pro 14 Tage und Mitglied erhalten.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Buch-Nr. 62 545, ausgestellt auf den Namen Anton Mojinski, eingetreten am 1. Januar 1904 zu Wilhelmsburg, Elbe.
Buch-Nr. 18 089, ausgestellt auf den Namen G. Möhl, eingetreten am 14. Juni 1903 zu Jzeho.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Altenburg S.-A. Die Auszahlung des Reisegeldes erfolgt beim Kollegen Paul Engert, Kreuzstraße 25, p., abends 6—8 Uhr, Sonntags 10—12 Uhr.

- Drehenheim. J. Schud, Rathausstraße 3.
- Gr.-Salze. Hermann Bepf, Magdeburgerstraße 4.
- Saffeld. Chr. Schneemilch, Sandgraben 317.
- Kolberg. Ernst Barth, Domstraße 31.
- Langelshelm. Versammlungen tagen jeden 2. Sonnabend im Monat, die nächste am 9. Dezember.
- Penzberg. Raver Kirner, Penzberg-Neufischhafen.
- Pforzheim. Aug. Borg, Friedriehstr. 10, p.
- Reinfeld. Friedrich Kleinig, Bischofsteich bei Reinfeld.
- Salber. Karl Bethmann.
- Seilgau-Sulgen. Andr. Weiß, Sulgen.
- Stuttgart. Fr. Siegle, Stuttgart-Gablenberg, Neuenstraße 36.

Eingegangene Zahlstellen.

Heidelberg, Debitfeld. Verschmolzen sind Braunschweig und Thiede, Hüttenrode und Hübeland.

Zahlstelle Spandau.

Die Kontrolle der Erwerbslosen und die Auszahlung der Unterstützung findet im Versammlungslokal bei Böhle, Neuenstraße 5, statt.
0, 20 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Uedermünde.

Sonntag, den 26. November, nachmittags 3 Uhr, tagt bei Gastwirt Wilt, Bispargarten, unsere Mitgliederversammlung.
0,90 Mk.] Die Bevollmächtigten.

Verbandsangestellter gesucht.

Für die Bezirke Ober-Schneweide und Johannisthal (Zahlstelle Berlin) wird zum 1. Januar ein besoldeter Bezirksleiter

gesucht. Bewerber müssen Mitglieder der Organisation sein und bis zum 15. Dezember 1905 eine selbständige Arbeit über die Aufgaben eines hier in Frage kommenden Bezirksleiters an den Unterzeichneten eingesandt haben. Die Bewerbungsschreiben müssen die Aufschrift „Bezirksleiter“ tragen.
2,10 Mk.] Konrad Brand,
Berlin, Linienstraße 215.

Zahlstelle Hannover u. Umgegend

sucht zum 1. Januar 1906 einen zweiten Ortsbeamten.

Die Anstellung erfolgt auf Grund der vom letzten Verbandskongreß festgestellten Bedingungen.

Derselbe muß mit sämtlichen Bureauarbeiten vertraut und zur Abhaltung von Versammlungen, Agitationsvorträgen befähigt sein. Erwünscht ist die Kenntnis in der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Bewerber haben eine vollständige Quartalsabrechnung mit Lebenslauf bis zum 9. Dezember an den Kollegen Heinrich Senbold, Bielefeld vor Hannover, Gaspelmathstraße 19, einzusenden.
[2,25 Mk.]

Wirtschaftliche Rundschau.

Die internationale Prosperität — Die weniger günstigen Faktoren: abermalige Diebstahlerhöhung, künstliche Export-Steigerung vor dem 1. März 1906, die russische Entwicklung — Höhere Kornpreise.

Zuversicht auf fortschreitenden Aufschwung und Misstrauen in die Festigkeit des bereits Erreichten mischen sich fortgesetzt in feltamer und feltener Weise.

Nicht nur die unbestimmten Anzeichen, sondern die schlagenden Beweise der Prosperität sind zweifellos unverkennbar. Wir legen bereits dar, wie die deutsche Kohlen- und Eisen-Produktionsstatistik Rekordziffern verzeichnet. Aus der Maschinenbranche wird vielfach berichtet, daß sie wegen Ueberhäufung mit Aufträgen die Lieferfristen nicht einhalten kann. Die Elektroindustrie kann nach einer neueren sachmännlichen Beurteilung, an Ordes haben, soweit sie will. Die Schiffbau-Aufträge wachsen zusehends, noch vor der Flottenvorlage. Die Eisenbahnen haben alle bisher bekannten Verkehrshöhen weit überschritten. Sogar Zweige, die unter maßloser Uebergründung und Uebererzeugung in den letzten Jahren in so heilloser Verwirrung gerieten, wie die Zementherzeugung — heute eine Grundfrage aller Tief- und Hoch-, Land- und Wasserbauten —, erholten sich in den Preisen und gelangen zu der immer wieder gescheiterten Verständigung, weil die Voraussetzungen für die kostlose gegenfällige Unterbietung mit dem flotteren Absatz hinweggefallen sind. Die Banken, die schon wieder Erhöhungen des eigenen Kapitals vornehmen (die Deutsche Bank um nicht weniger als 20 Millionen Mark), können den Ansprüchen der Geschäftswelt für Neuschöpfungen, Geschäftserweiterungen und laufenden Betrieb kaum nachkommen.

Diese Strömung kehrt in allen westlicheren Ländern, in Belgien, der Schweiz, in Italien, Frankreich, wenn auch in verschiedener Stärke, wieder. Selbst das alterkühnste, mit zahllosen Gebrechen geschlagene Oesterreich erfährt wirtschaftlich seinen Aufschwung.

Außer in Deutschland scheint er am lebhaftesten in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo wiederum der Eisenmarkt im Mittelpunkt der fast allgemein sich ausbreitenden Prosperität steht. Alle großen Stahlkompagnien „arbeiten“ mit dem Aufwand aller Kraft; neue Hochofenbauten haben begonnen — und in Amerika baut man, um die teure Menschenkraft auszunutzen und alle Arbeit möglichst mechanisch vollziehen zu lassen, im Durchschnitt Anlagen von 600 Tonnen Tagesleistung, so daß jedes in Gang geketzte Werk eine erstaunliche Produktionsvermehrung darstellt. In dem letzten und zugegangenen „New Yorker Arbeits-Bulletin“ wird festgestellt, daß die wirtschaftliche Hebung Mitte des Jahres 1904 eingeleitet habe und seitdem ununterbrochen an Kraft gewachsen sei, so daß heute (im November) weniger Arbeitslose vorhanden sind als selbst 1902, dem günstigsten Jahre des ganzen Jahrzehnts. Parallel läuft, wie der Bericht weiter ergibt, die Zunahme der Gewerkschaften an Mitgliedern, ferner die wachsende Anziehungskraft des amerikanischen Arbeitsmarktes nach außen hin: die Einwanderung überflutet abermals alle geleglich-künstlich geschaffenen Dämme.

Aber die Freude ist keine unbegrenzte. In allen Ländern haben wir Diskontsätze, die für die Anfangsperiode eines Aufschwunges außergewöhnlich hoch sind und die für viele geschäftliche Dispositionen einen schweren Stein des Anstoßes bilden, weil von der Reichhaltigkeit und bequemen Veranziehbarkeit des fremden, in erster Linie in den Banken konzentrierten Kapitalaus tausendfach der geschäftliche Erfolg und die vorwärtstreibende geschäftliche Unternehmungslust weitesther Kapitalistischer Kreise abhängt. Unsere Leser kennen die bisherige Entwicklung bereits; statt einer Milderung ist zuletzt eine Verschärfung eingetreten: die Deutsche Reichsbank hat am 4. November ihren Diskont abermals um 1/2 Prozent (von 5 auf 5 1/2 Prozent) gesteigert, so daß in diesem Jahre folgende Zinssätze sich ergaben:

seit dem 25. Februar	3 Prozent
11. September	4 „
3. Oktober	5 „
4. November	5 1/2 „

Ferner macht man einträchtig geltend, daß viele Exportzweige augenblicklich nur deshalb angepannt tätig sind, weil in fast allen Absatzländern vom 1. März 1906 ab höhere Zollsätze zur Anwendung kommen, und weil man natürlich möglichst viel Waren noch unter der niedrigen Verzollung über die (österreichische, schweizerische, belgische, russische . . .) Grenze zu bringen sucht. Entsprechend weniger wird man alsdann nach dem 1. März 1906 ausführen. Bei der Reichsbank von 1890 machten die deutschen Arbeiter bekanntlich sehr fühlbar die ähnliche Erfahrung: vorher trieb man bei uns die Produktion nochmals fiebersucht empor, bis alle amerikanischen Lager überfüllt waren; nachher gingen die Lieferungen doppelt zurück. Wie weit beruht die heutige Mehrproduktion auf solchen vergänglichsten Berechnungen; wie weit muß also ein Rückschlag im nächsten Frühjahr eintreten? Für einzelne Industrien löst man hier auf recht pessimistische Anschauungen, die wir jedoch für übertrieben halten.

Eine dritte dunkle Wolke bildet die russische Entwicklung. Tage- und wochenlang hat der Landverkehr nach und von Rußland, selbst der postalische Nachrichtenverkehr, nicht nur der Warentransport, vollständig verlagert; der Schiffsverkehr geriet teilweise ins Stocken. Hat hier das deutsche Produktivkapital, soweit es für den Export in Frage kommt, hat der deutsch-russische Handel in Zukunft mit zunehmender Vernichtung oder mit zunehmender Zerrüttung zu rechnen? Die gleiche Frage quält andere Länder. Wie ein Alp lastet sie jedoch gewiss auf der internationalen Großfinanz und ihrem oft recht kleinstädtischen Gesolge: wenn Rußland ungewollt dem Staatsbankrott verfällt, oder wenn eine neue Aera die Schulden des alten Absolutismus vollbewußt nicht anerkennt, so sind Milliarden französischen, holländischen, deutschen Rentenbesitzer verloren, und die Pleiten auf dem einen kapitalistischen Gebiet mühten sich natürlich nach den verschiedensten Seiten, auch in den Kreis der Produktion, fortzupflanzen — ganz abgesehen davon, daß es für andere Länder von eminentester Wichtigkeit ist, ob die Kaufkraft der russischen Bevölkerung für fremde Industriewaren und die russische Lieferfähigkeit für billige Lebensmittel aufwärts oder niederwärts geht. Hier tappt unsere Geschäftswelt vollkommen im Dunkeln. Am 27. Oktober erließ die Berliner Börse, auf Grund der Aufstands- und Auslandsnachrichten, eine förmliche Panik. Die russische Bank für auswärtigen Handel notierte fast 9 Prozent unter dem vorläufigen Kurs, die russischen Staatsanleihen bis zu 4 Prozent tiefer. Fast alle anderen Werte wurden in diesen Strudel hineingerissen; die ersten Banken hatten an dem einen Börsenlage einen Kursfall von 3 bis 4 Prozent zu verzeichnen, führende Spekulationswerte des Industrieaktienmarktes Ab-

schläge bis zu 7 Proz. Der auch aus allgemeinen Rücksichten auf die Geldknappheit vielbeschiedene Plan der neuen internationalen Kassenanleihe von 1800 Millionen Frank war damit auf absehbarer Zeit als gescheitert anzusehen. Aber schon am 31. Oktober wurde das Verfassungskomitee des Zaren mit einer stürmischen Aufwärtsbewegung der Kurse beantwortet; so gewannen die Aktien der erwähnten russischen Bank für auswärtigen Handel an dem einen Tage wieder 10 Proz., die 4prozente russische Anleihe von 1902 wieder 3,70 Proz.

Mit solchen ungünstigen und unsicheren Faktoren werden wir weiter rechnen müssen. Und was speziell Rußland angeht, so ist eine Rückwirkung auf den Weltmarkt heute schon unbestreitbar: das Ausbleiben des russischen Getreides hat, in Verbindung mit unglücklichen amtlichen Berichten über den Fortgang der deutschen Getreideernte und Winterausfaat, Ende Oktober die Kornpreise rasch emporgetrieben, so daß wir zu den hohen Fleischpreisen mehr und mehr hohe Brotpreise erhalten. Am 25. Oktober notierten am Berliner Markt 1000 Kilogramm:

	Weizen	Roggen	Safer	Mais
1905	180	169	161	131 Mk.
1904	178	138	137	119 „
1903	159	131	126	113 „
1902	153	142	139	131 „
1901	161	137	140	128 „

Berlin, 5. November 1905.

Mag Schippel

Die Verelendung der Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausbreitungsgebiet der Braunschweiger Konserven-Industrie.

Von Robert Rippmann.

Motto: Wir können nicht leben, Wir haben keine Zeit — Ihr Blumen, ihr Wälder, Wie liegt ihr so weit!

Nur widerwillig geht die Feder an dieses trübe sonnenarme Kapitel. Das Herzogtum Braunschweig, einer der reichsten Bundesstaaten Deutschlands, im Besitze einer entwickelten Industrie und ertragreichen Landwirtschaft, ist zugleich auch dasjenige Land, welches, wie selten ein anderes Land, eine Bevölkerung beherbergt, die wirtschaftlich so darniedergerückt und geistig stumpfsinnig dahingevegetiert, wie man es ähnlich vielleicht nur in Schiefen finden kann. Während die Arbeiter in anderen Industriezentren, wenn auch politisch noch sehr rückständig, doch im allgemeinen ihre Lage sich nicht noch mehr verschlechtern lassen, kann man bei den Braunschweiger Arbeitern und Arbeiterinnen die bedauerliche Wahrnehmung machen, daß diese in stiller Resignation vieles über sich ergehen lassen, was die in diesem Lande gut koordinierten Unternehmer über sie verhängen. Das ist der Fluch, der auf der braunschweigischen erwerbstätigen Bevölkerung lastet, daß sie in dumpfer Ergebenheit und hungertiger Bedürfnislosigkeit ausgeliefert ist einem Unternehmertum, das Kaufleute von Ausländern ins Land gelockt hat, um mit diesen hilflosen, der deutschen Sprache selten mächtigen Arbeiterbataillonen die ortseingewohnte Bevölkerung im Schach zu halten. Auch aus dem frommen Ewigselbe und den thüringischen Tälern werden mit Vorliebe weibliche jugendliche Ausbeutungsobjekte herangeholt. Die noch junge, aber sich mächtig entwickelnde Braunschweiger Konservenindustrie, die in der Hochsaison etwa 7000 Arbeiterinnen und 600 Arbeiter beschäftigt, aber ist es vorwiegend, die, wenn sie in der bisherigen geradezu willkürlichen Arbeitsweise fortfährt, sich das irrationale Verdienst ermerbt, an der Verelendung der Bevölkerung in wirtschaftlicher und geistiger Beziehung in intensivster Weise mitgetan zu haben.

Die etwa 42 bis 45 Konservenfabriken im Lande haben während der letzten Jahre in vielen Fällen oft über 12 bis 15 Prozent Anlagekapitalverzinsung herausgewirtschaftet, und daß bei Betriebsereignissen, die, wie von den Herren auf ihren letzten Kongressen selbst zugestanden wurde, als vollkommene durchaus nicht angesehen werden könnten, da man aus leidiger Konkurrenzsucht und Geheimnisthämerei einander die erprobten Vorteile verschweige. Ist es schon an und für sich bedauerlich, daß es eine bis zum 30. April 1906 gültige Verordnung — die Abänderung des § 137 Absatz 1 und 2 der Reichsgewerbeordnung betreffend — gibt, wonach in den Zeiten des Jahres, in denen ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, die tägliche Arbeitszeit der Konservenarbeiterinnen mit Ausnahme des Sonnabends auf 13 Stunden festgesetzt werden darf, so ist es geradezu furchtbar, daß sich noch Konservenfabriken finden können, die es offen in ihrer Zeitung vom 8. September d. J. auszusprechen wagen, für die Arbeiterinnen in den Konservenfabriken brauchten überhaupt keine Schutzbestimmungen zu bestehen, da diese Arbeit nicht mit Fabrikarbeit verglichen werden könne. Es wird offen zugestanden, daß häufig gefehrwidrige Arbeitszeitverlängerungen von jenen Herren vorgenommen worden sind, und in derselben Nr. 33 der „Konservenzeitung“ findet man als Resultat derselben in einem Geschäftsbericht einer Konservenfabrik einen Bruttogewinn von über 875 000 Mk. verzeichnet. Trotzdem tragen sich diese Profitgierigen mit dem ausgesprochenen Gedanken, an die Aufsichtsbehörden und gesetzgebenden Körperschaften heranzutreten, um die Erlaubnis zu erwirken, während der Saison den Betrieb bis nachts 12 Uhr anrecht zu erhalten. Ist wohl irgend einmal schon der strapalose Eigenwitz offener zutage getreten als hier? Und wie abfällig werden die zum Schutze der Gewerbebesitzer getroffenen Maßnahmen der Gewerbe-Inspektion von dieser Seite beurteilt. Nur die hiesige Gewerbe-Inspektion erhält ihr Lob- und Danklied, denn so schreibt die „K.-Z.“ in einem gewissen Falle: „Die hiesige Gewerbe-Inspektion würde zweifellos die nachgesuchte Genehmigung zur Arbeitszeitverlängerung erteilt haben.“ — Das ist bezeichnend und bedauerlich für beide Teile, sowohl für die Arbeiterschaft, als für die betreffende Aufsichtsbehörde, welche auch ausrufen konnte: „Gott behüte mich vor meinen Freunden!“ Muß nicht das Vertrauen der Konservenarbeiterinnen zu den Arbeiterschutzgesetzen und deren ausübenden Faktoren hierdurch erschüttert werden? Die Konservenfabriken Gmundfeld Söhne, Querner, Falk, Griebe, Strauß, Koch und alle die anderen haben monatelang bis nachts 12, ja 1 Uhr arbeiten lassen, und wären dann die Frauen und Mädchen nicht vor Ermüdung zusammengesunken, man hätte Arbeit bis zum frühen Morgen und dann wiederum von neuem verlangt. An der Grenze des Menschenmöglichen hat die fanalöse Frauenausbeutung erst stillgestanden. Wer nicht gutwillig während der Nächte arbeiten wollte, wurde mit sofortiger Entlassung bedroht. Für die tagelange Sonntagsarbeit bekamen dann und wann die Männer auch einmal ein Flaße Freiheit, die Frauen eine Tasse Kaffee als Extraverzehrung. Und wie haben die Herren Fabrikanten es verstanden, die kontrollierende Polizei hinter sich zu führen. Ist da nicht ein Konservenfabrikant gewesen, der, als nichts die Polizei

Einlaß begehrte, seinen noch spät arbeitenden Gummierinnen zurief: „Kinder, macht das Licht aus, die Polizei kommt!“ Und haben dort nicht die jugendlichen Mädchen dann durchs Fenster an der Winterfront quer durchs Feld entschlippen müssen? — Und wie sieht die von den Fabrikanten als angenehmer bezeichnete Arbeit aus? Mühen nicht die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen auf feuchtem Fußboden in oft unerträglich heißer Temperatur mitunter 18 Stunden lang sich abzuquälen? Mühen nicht schwache Frauen Treppe auf, Treppe ab mit Dosen gefüllte schwere Zentnerfäße schleppen, für Anfangslöhne von 13—15 Pf. pro Stunde? Eine Infamie aber ist es geradezu, wenn, wie es vorgekommen ist, den ermatteten Arbeiterinnen höchlich ins Gesicht gesagt wird: „Gut, wenn ihr nicht weiter wollt, laßt ich im Zuchthaus zu Wolfenbüttel ein-wo ich Spargel schälen und Bohnen abziehen. Dann geht ihr zu, wo ihr bleibt!“ Streift ruhig — wenn ihr wollt.“ Die Postlieferanten-Firma Mag Koch hat ja bereits während der verfloßenen Saison in der hiesigen Gefangenenanstalt Spargel und Bohnen abziehen und brechen lassen, von morgens 5 Uhr bis abends zum Dunkelwerden. Auch hier hinter den öden Gefängnismauern haben die willenlosen Gefangenen wie toll arbeiten müssen. Was nicht schnell genug verarbeitet werden konnte, ist dann hier im Gefängnis im Holzschuppen verlagert worden. Als Extralohn für dieses intensive Arbeiten sind dann dem einzelnen Gefangenen im Anfang fünf Pfennig, später zehn Pfennig pro Tag gnädig gewährt worden. Dies sind nur einzelne Streiflichter auf die Lage der Konservenindustrie im Lande. In der — Erwerbszweige jedoch dürfte die Hausindustrie so sehr demütigend sein, als in dieser Nahrungsmittelbranche. Und diese Arbeitsweise bietet alles andere, nur keine Gemäht dafür, daß die Verarbeitung der Früchte in sauberster Weise vor sich geht. Schreiber dieses hat Gelegenheit gehabt, verschiedene Wohnungen dieser armen Konserven-Hausarbeiter zu betreten, und gefunden, daß in diesen engen, wegen Mangel an Zeit angenehm gereinigten, von verdorbener Luft erfüllten Räumen viele Nächte hindurch von kränklichen Frauen und deren Kindern gearbeitet worden ist. Von drei bis vier Familienmitgliedern ist hier gehaftet worden, um dem treibenden Fabrikanten den Willen zu tun. Als ich die Frau frug, ob sie denn nun hierfür auch einen angemessenen Lohn erziele, sagte sie: „Ne, ne, wir leben schon gut genug, wie sind zufrieden, daß wir Arbeit het.“ Als ich am nächsten Tage, einem Sonntage, wieder in diesem Hause vorkam und die Familie gerade beim Mittagessen antraf, fand ich als Sonntagsmahl einen halbpfündigen Pferdefleisch-Schmorbraten auf dem Tische. O, du verdammte, dem Unternehmern so angenehme Bedürfnislosigkeit!

Ebens trüb und öde sieht es in der hiesigen Blech-emballagen-Industrie, die mit der Konserven-Industrie verbunden ist, aus. So ist in dem Betriebe von Unger u. Pöll während der verfloßenen Sommermonate täglich 13 Stunden gearbeitet, und wie gearbeitet worden; nicht nur arbeitgewohnte Männer, sondern auch schwache Frauen und Mädchen haben hier von morgens 6 Uhr bis abends 10 Uhr in von Salmia und Lötlwasser gesättigter schwüler Atmosphäre arbeiten müssen. Selbst während der Sonntage ist hier 9 Stunden gearbeitet worden. Eine eintönige, geist- und lungenschwächende Arbeit.

In einem etwa 12 Meter im Quadrat großen Arbeitsraum, dem sogenannten Lötstahl, sitzen 31 Frauen und Mädchen vor je einer brennenden Gasflamme bei der Arbeit des Blechens. Dieser Raum hat nur an einer Seite fünf Fenster, und auch durch diese dringt nur mangelhaftes Licht, so daß bei halbwegs trübem Wetter außer den 31 Glühflammen immerwährend Licht gebrannt werden muß. Ventilation hat dieser Raum fast gar nicht, was Wunder also, wenn hier junge Frauen und blühende Mädchen engbrüstig, hoch- und blaßwängig werden. Der Arbeitsraum befindet sich im Abort — und wird wegen seines stundenlang stehenden schmutzigen Wassers nur ungerne benutzt, denn die Betriebsleitung will am Wasser sparen und läßt die Rohrleitung abstellen. Das Böden der Blechen geschieht in Afford und ist hierbei bei 13stündiger Arbeitszeit oft kaum ein 10tägiger Tagelohn verdient worden.

Der Schraum und die Garderobe — nur ein Raum ist für beide Zwecke vorhanden — wird wöchentlich nur einmal gereinigt. Wer am tollsten bei der Arbeit haftet, erhält eine Prämie, oder soll sie erhalten.

Ein anderer Betrieb derselben Branche am Orte, die Firma Bremer u. Brämann, hat um ihre Arbeiter ein Band heilig-religiöser Selbsterhaltung geschlungen. Der Meister Wolf dieser Fabrik hat besonders die Baptisten oder die, welche es werden wollen, in sein frommes Herz geschlossen. Die Arbeit wird fast ohne Ausnahme in diesen Industrien in Affordstücken bezahlt und zieht systematisch immer mehr und mehr die Frau als Lohnarbeiterin heran und schaltet die Männerarbeit des Bödens und Stagens nach und nach aus.

Durch die geradezu beispiellose überlange Arbeitszeit, besonders während der Sommermonate, werden nun hier im Lande Hunderte, ja Tausende von jungen Mädchen in der körperlichen und geistigen Entwicklung darniedergehalten, ja einer langsamen, aber sicheren Verelendung entgegengebracht. Bedauerlich ist, daß selbst Frauen und Kinder von Partei- und Gewerkschaftsgenossen sich unter dieses Meer williger Arbeitskräfte begeben, allerdings zum Teil gezwungen durch die niedrige Entlohnung des Familienvaters. Schalten doch in den hiesigen Maschinen- und Eisenbearbeitungs-Werkstätten und Zuckerraffinerien Hilfsarbeiter 24, 25, selten 27 bis 30 Pf. Stundenlohn; aber auch die Berufsarbeiter verdienen in manchen Betrieben selten mehr.

Wenn doch diese Konserven- und Blechemballagen-Arbeiterinnen baldigst noch mehr als bisher den Weg zu ihrer Organisation finden wollten! Die Zukunft wird uns unabweislich in eine Bewegung zur Verbesserung dieser kurz stizzierten Verhältnisse drängen; deshalb werden die Kollegen in den Orten Deutschlands mit ähnlicher Industrie, als zum Beispiel: Elbs-Böhringen, Lübeck, Rheinland etc., dringend ersucht, alle möglichen Angaben und wichtigen Materialien über Arbeitsdauer, Arbeitsverhältnisse, Entlohnung, Ueberarbeit und die vielleicht zugänglichen Geschäftsberichte der in Frage kommenden Fabriken und Altiengefelligen dem Geschäftsführer der Zentralen Braunschweiger Kollegen R. Rippmann, Gewerkschaftshaus, Am Berder 32, umgehend zuzustellen, denn wir beabsichtigen, in kürzester Zeit dem deutschen Reichstag über die Lage und geltend zu machende Ausbeutung dieser Arbeiterinnen eine Denkschrift zugehen zu lassen, um nachhaltige, durchgreifende Schutzbestimmungen, aber auch um die Gewähr für die zuverlässige, rückwärtslose Anwendung derselben zu erhalten.

Vom sozialen Kampfplatze.

— In Breslau sind die bei der Firma Rügler u. Co. beim Dütenleben beschäftigten Kolleginnen in Streit getreten. Grilens aus Sympathie für die im Streit stehenden Bismographen und Steinbrücker, zweitens um eine vorgeschlagene Lohnsenkung wieder auszugleichen. Es sind unhaltbare Zustände in diesem Erwerbszweige. So zählt man zum Beispiel für 1000 Düten 20 Pfennig und verdienen gute Arbeiterinnen

*) Eine gewisse Vermehrung der amerikanischen Hochofen bildet allerdings nur den Ausgleich für den fortschreitenden Uebergang zu Erzen von geringerer Eisengehalt (früher durchschnittlich 75, heute 55—60 Prozent).

Korrespondenzen.

hierbei 80 Pfennig am Tage. Es fehlen in den Betrieben...

— Elmshorn. Auf der Lederfabrik von J. Knecht und...

Seit 1896 besteht zwischen den Unternehmern und den...

Seit einigen Jahren sucht Herr A. aus den deutschen...

Die Arbeiter waren bereit, die fraglichen 2000 Stück...

— Freilbrunn. In der Silberwarenfabrik von P. Brudmann...

— München. Endlich ist auch unter die Kohlenlager...

Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Kohlengeschäfts...

Die Firma glaubte anfangs, nur mit ihren Arbeitern...

Die in Hochlohn beschäftigten Arbeiter erhalten 20 Mk...

Die übrigen Arbeiter erhalten 3,20 Mk pro Tag...

Arbeiterinnen erhalten 2,30 Mk (früher 1,80 Mk).

Der Plagemeister erhält 24 Mk (früher 21 Mk).

Wahrgelungen finden nicht statt.

Nicht so glatt ging es in dem großen Holz- und Kohlen...

— G. Schmitt von Guitan Schneider ab. Hier wurden die Forderungen...

Zwischen der Firma Guitan Schneider einerseits, dem...

1. Arbeitszeit.

Die regelmäßige Arbeitszeit ist von früh 6 Uhr bis abends...

2. U-b-stunden.

Als solche gilt jene Arbeitszeit, wenn vor früh 6 Uhr...

3. Arbeitslohn.

Dieselben betragen für Lagerarbeiter und Hilfsarbeiter...

Für Fahrtschichte beträgt der Wochenlohn 24 Mk.

Für Arbeiterinnen werden 40 Pf., für Sonntagsarbeit 50 Pf.

Die Arbeit wird abgebrochen.

Die Tarif tritt am 2. November 1905 in Kraft und hat...

Beide unterzeichneten Teile verpflichten sich, obigen Tarif...

München, 2. November 1905.

Für den Verband der Fabrik-, Band-, Hilfsarbeiter und...

Für den Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter...

Für die Firma: Guitan Schneider.

Genügt ein solcher Erfolg der Organisationen. Die Kollegen...

— Auch die als Arbeitsmüde haben Schicksalen werden sich...

— Auch die als Arbeitsmüde haben Schicksalen werden sich...

— Auch die als Arbeitsmüde haben Schicksalen werden sich...

— Auch die als Arbeitsmüde haben Schicksalen werden sich...

— Auch die als Arbeitsmüde haben Schicksalen werden sich...

— Auch die als Arbeitsmüde haben Schicksalen werden sich...

— Auch die als Arbeitsmüde haben Schicksalen werden sich...

Korrespondenzen.

— Bielefeld. In der Mitgliederversammlung vom 2. November...

— Bielefeld. Sonnabend, den 28. Oktober, tagte eine...

— Bielefeld. Eine Lohnbewegung, die schließlich zur...

— Eisenberg (Waltz). Die hiesige Firma Schiffer u. Kircher...

— Eisenberg (Waltz). Die hiesige Firma Schiffer u. Kircher...

— Göttingen. In der Sonntag, den 6. November, im Lokal...

— Göttingen. In der Sonntag, den 6. November, im Lokal...

— Göttingen. In der Sonntag, den 6. November, im Lokal...

— Göttingen. In der Sonntag, den 6. November, im Lokal...

— Göttingen. In der Sonntag, den 6. November, im Lokal...

— Göttingen. In der Sonntag, den 6. November, im Lokal...

— Böttinger, geb. 1873, Friedrich Jordan, geb. 1858, und Hermann...

— Neu-Zusenburg. Am 23. Oktober tagte unsere Mitglieder...

— Ober-Schöneweide. Ein schrecklicher Unglücksfall hat...

— Salder. In der Bericht der Handelskammer zu Braunschweig...

— Salder. In der Bericht der Handelskammer zu Braunschweig...

— Salder. In der Bericht der Handelskammer zu Braunschweig...

— Salder. In der Bericht der Handelskammer zu Braunschweig...

— Salder. In der Bericht der Handelskammer zu Braunschweig...

— Salder. In der Bericht der Handelskammer zu Braunschweig...

— Salder. In der Bericht der Handelskammer zu Braunschweig...

— Salder. In der Bericht der Handelskammer zu Braunschweig...

— Salder. In der Bericht der Handelskammer zu Braunschweig...

— Salder. In der Bericht der Handelskammer zu Braunschweig...